

Stand: 03.07.2025 22:10:00

Initiativen auf der Tagesordnung der 11. Sitzung des WK

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2170 vom 15.05.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2809 des WK vom 12.06.2024
3. Initiativdrucksache 19/2233 vom 27.05.2024
4. Initiativdrucksache 19/2304 vom 04.06.2024
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2808 des WK vom 09.07.2024
6. Initiativdrucksache 19/2306 vom 04.06.2024
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2810 des WK vom 12.06.2024
8. Initiativdrucksache 19/2312 vom 04.06.2024
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2811 des WK vom 12.06.2024



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Katja Weitzel SPD**

Kein Lohndumping über Tochterfirmen an bayerischen Unikliniken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass alle Beschäftigungsgruppen der bayerischen Universitätskliniken nach dem Tarifvertrag der Länder TV-L bezahlt werden.

Das Auslagern von Dienstleistungen in Tochterfirmen darf nicht zum Unterlaufen von Tarifverträgen und Lohndumping bei Servicekräften, Küche und Reinigung (inklusive Desinfektion und Intensivreinigung) führen. Sie sind integraler und unverzichtbarer Bestandteil der Kliniken, ohne deren Leistung ein wirtschaftlich und medizinisch erfolgreiches Arbeiten nicht denkbar wäre.

Begründung:

Aktuell befinden sich an mehreren Standorten die staatlichen Unikliniken in Bayern in Tarifeinverständnissen, so in Würzburg, Erlangen und bei den Beschäftigten der Krankenhaus-Dienstleistungs-GmbH (KDL) in Regensburg. Für das Uniklinikum Regensburg (UKR) erbringen sie Leistungen wie Hol- und Bringdienst, OP-Reinigung, Patientenbegleitung oder andere Hygieneaufgaben im Wert von zuletzt 12,7 Mio. Euro Jahresumsatz. Statt im TV-L beschäftigt zu sein – wie sie wären, würden sie direkt über das UKR angestellt sein – befinden sich die Angestellten im für allgemeingültig erklärten Rahmentarifvertrag für das Gebäudereiniger-Handwerk, der signifikant schlechtere Bedingungen bietet. Dies wird in ähnlichem Umfang auch teilweise an anderen bayerischen Unikliniken praktiziert. Der Freistaat spart sich als Betreiber dieser Anstalten des öffentlichen Rechts über diese Konstruktion Gehaltskosten – an der falschen Stelle!

Die Praxis des Lohndumpings und des Unterlaufens von Tarifverträgen ist zu verurteilen. Nicht nur, dass der Staat eine Vorbildfunktion hat, er hat darüber hinaus mit den Steuergeldern sorgsam umzugehen. Ein sorgsamer Umgang bedeutet allerdings nicht das Ausnutzen von Beschäftigten, sondern beinhaltet eben auch eine gerechte Bezahlung. Zumal die Beschäftigten der Service GmbHs der Unikliniken zentrale Aufgaben für das Funktionieren eines Krankenhauses und die Gesundheit der Patientinnen und Patienten erfüllen. Saubere OP-Räume, sterile Instrumente, der Transport von Patientinnen und Patienten innerhalb des Hauses und das Essen sind unverzichtbare Grundvoraussetzung für einen reibungslosen Ablauf im Krankenhaus. Entsprechend müssen die Menschen, die diese Leistungen erbringen, auch adäquat bezahlt werden und sind als Teil der Krankenhausfamilie zu betrachten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Florian von Brunn, Arif Tasdelen u.a.
SPD
Drs. 19/2170**

Kein Lohndumping über Tochterfirmen an bayerischen Unikliniken

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Katja Weitzel**
Mitberichterstatler: **Dr. Stephan Oetzinger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Enthaltung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazzolo
Vorsitzender



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäuml, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl SPD**

Gefährdung der Hightech Agenda durch Rückzahlungsforderungen an Hochschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst und dem Landtag unverzüglich zu berichten, in welchem Ausmaß und mit welcher Begründung das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst von den Universitäten und Hochschulen Rückzahlungen von Haushaltsresten aus dem Bereich der Hightech Agenda einfordert und dabei auf die folgenden Fragen einzugehen:

1. Wie hoch sind die Summen, die von den einzelnen Hochschulen in welchen Bereichen zurückgefordert werden?
2. Mit welcher Begründung fordert die Staatsregierung die Restmittel von den Hochschulen zurück?
3. Welches Einsparungspotenzial haben die Hochschulen nach Einschätzung des Staatsministeriums angesichts laufender und geplanter Berufungsverfahren?
4. Wie lassen sich die Rückzahlungsforderungen an die Hochschulen und Universitäten mit der hohen Priorisierung der Hightech Agenda durch die Staatsregierung vereinbaren?

Begründung:

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 22. April 2024 haben sich die Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften in einem internen Protestschreiben gegen eine Ankündigung des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst gewandt, Geldsummen zurückzufordern, die die einzelnen Hochschulen bereits für neu geschaffene Professorenstellen verplant haben. Die Hochschulen beurteilten die Umsetzung der Hightech Agenda als „massiv gefährdet“, sollte das Staatsministerium auf seinen Forderungen bestehen. Sie machten deutlich, dass sie Budgets für langfristige Planungen für die Besetzung von KI- oder IT-Professuren benötigen, um attraktive Angebote zu Gehalt, technischer Ausstattung und Personal für hochqualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu bieten.

Die bayerischen Universitäten und Hochschulen kritisierten die Rückzahlungsforderungen des Staatsministeriums als Widerspruch zu den bisher vom Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder verkündeten Zielen der milliardenschweren Hightech Agenda. So wäre ein Ausfall dieser Mittel „fatal für die Planungssicherheit der Hochschulen und hätte direkte Auswirkungen auf die Umsetzung“ der Hightech Agenda „und die Reputation des Freistaates als Wissenschaftsstandort“. Inzwischen laufen Verhandlungen des Staatsministeriums mit den Hochschulen über deren Verlauf der Landtag nicht informiert ist.



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Antisemitismus an bayerischen Hochschulen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst führt eine Anhörung zum Thema „Antisemitismus an Hochschulen“ durch.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte behandelt werden:

- antisemitische Vorfälle an bayerischen Hochschulen, unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz
- Protestaktionen an bayerischen Hochschulen mit potenziell antisemitischen Inhalten
- Situation jüdischer Studierender und Lehrender an bayerischen Hochschulen
- Situation internationaler Studierender aus Israel an bayerischen Hochschulen
- hochschulinterne Zuständigkeiten und Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus
- Forschung zum Thema Antisemitismus und dessen Bekämpfung an bayerischen Hochschulen

Begründung:

Seit dem 7. Oktober 2023 haben antisemitische Vorfälle an den Hochschulen zugenommen und sind manifest antisemitische Einstellungen an den Hochschulen sichtbar geworden als in den Jahren zuvor. Trauriges Beispiel ist der brutale Angriff auf einen Studierenden der Freien Universität (FU) Berlin Anfang des Jahres. Derartige Straftaten sind uns an bayerischen Hochschulen derzeit nicht bekannt, aber dennoch ist eine erhöhte Sensibilität für das Thema und auch ein zunehmend als bedrohlich empfundenen Klima für jüdische Studierende und Lehrende an bayerischen Hochschulen erkennbar.

Zwar sind laut jüngsten Erhebungen manifest antisemitische Einstellungen an deutschen Hochschulen signifikant weniger verbreitet als in der Gesamtbevölkerung (Studie der Universität Konstanz im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung) – dennoch sind unsere Hochschulen auch in gewissen Maßen Spiegel unserer Gesellschaft. Antisemitismus hat wie andere menschenfeindliche Einstellungen an Hochschulen, auch aufgrund der verfassungsmäßig zu garantierenden Freiheit von Forschung und Lehre, keinen Platz.

Gleichzeitig nehmen die Hochschulen in ihrer Forschung und Lehre auch eine Schlüsselfunktion zur Bekämpfung von Antisemitismus und Vorurteilen ein. Sie können in ihrer Forschung solche Einstellungen aufdecken, analysieren und dekonstruieren. In der

Lehre und Weiterbildung sind sie als Multiplikatoren stark darin, zur Bekämpfung von menschenfeindlichen und antidemokratischen Ansichten beizutragen.

Der Landtag sollte sich aufgrund seiner eigenen Zuständigkeit für die Hochschulen daher mit der aktuellen Situation an den Hochschulen betreffend das Thema Antisemitismus eingehend beschäftigen und sich von Geschehnissen an den Hochschulen wie auch von aktuellen Entwicklungen im Bereich Forschung und Lehre ein genaues Bild machen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/2304**

Antisemitismus an bayerischen Hochschulen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst führt eine Anhörung zum Thema
„Antisemitismus an Hochschulen“ durch.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte behandelt werden:

- antisemitische Vorfälle an bayerischen und außerbayerischen Hochschulen,
unabhängig von ihrer strafrechtlichen Relevanz
- Protestaktionen an Hochschulen mit potenziell antisemitischen Inhalten
- Situation jüdischer Studierender und Lehrender an Hochschulen in Bayern und
Deutschland
- Situation internationaler Studierender aus Israel an Hochschulen in Bayern
und Deutschland
- hochschulinterne Zuständigkeiten und Maßnahmen zur Bekämpfung von Anti-
semitismus
- Forschung zum Thema Antisemitismus und dessen Bekämpfung an bayeri-
schen und deutschen Hochschulen“

Berichterstatlerin:

Verena Osgyan

Mitberichterstatler:

Prof. Dr. Winfried Bausback

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend
zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am
12. Juni 2024 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zu-
stimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Be-
ziehungen hat den Antrag in seiner 13. Sitzung am 9. Juli 2024 mitberaten und
einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses
Zustimmung empfohlen mit der Maßgabe, dass in der Überschrift nach den
Wörtern „an bayerischen“ die Wörter „und außerbayerischen“ eingefügt wer-
den.

Prof. Dr. Michael Piazzolo

Vorsitzender



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Mia Goller, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Jürgen Mistol, Stephanie Schuhknecht, Ursula Sowa, Martin Stümpfig, Laura Weber** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einführung eines „Bayern-Menüs“ in den Hochschulmensen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Einführung eines „Bayern-Menüs“ in den Mensen und Cafeterien der bayerischen Studierendenwerke vorzulegen.

Dabei sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- In den Mensen und Cafeterien soll es den Studierendenwerken möglich gemacht werden, täglich ein Gericht für zwei Euro („Bayern-Menü“) anzubieten.
- Es soll sich dabei um ein Hauptgericht aus regionalen und biologischen Zutaten handeln.
- Die Gerichte sollen durch den Freistaat so bezuschusst werden, dass der studentische Preis bei zwei Euro pro Hauptgericht liegt.
- Die konkrete Ausgestaltung des Menüs obliegt den Studierendenwerken.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Bio-Anteil in den Einrichtungen der Studierendenwerke bis 2025 auf 50 Prozent zu steigern, danach mittelfristig auf 100 Prozent.

Begründung:

Von Steigerungen bei Lebensmittelkosten sind gerade Studierende besonders hart betroffen. Knapp 40 Prozent der Studierenden in Deutschland sind armutsgefährdet und sind damit bei den Gruppen, bei denen das Armutrisiko besonders hoch ist. Preissteigerungen betreffen sie besonders, weil beispielsweise BAföG-Leistungen (BAföG = Bundesausbildungsförderungsgesetz) nicht im selben Maß oder nur zeitverzögert nachsteuern oder wie in Bayern an einigen Standorten derzeit der Fall, die Bearbeitung der BAföG-Auszahlungen Monate auf sich warten lässt. In Bayern ist der Studienerfolg immer noch maßgeblich von der sozialen Herkunft und damit indirekt auch vom Geldbeutel der Eltern abhängig und nicht nur von der schulischen oder akademischen Leistung. Gerade viele Studierende aus Nichtakademiker-Haushalten sind auf eine bezahlbare Essensversorgung angewiesen. Diese ist auch zentrale Aufgabe der Studierendenwerke neben der Wohnversorgung und der psycho-sozialen Beratung. Mit dem „Bayern-Menü“ wollen wir Studierenden ein Angebot machen, sich bezahlbar, aber gleichzeitig auch nach Möglichkeit regional und biologisch ernähren zu können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/2306

Einführung eines „Bayern-Menüs“ in den Hochschulmensen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Verena Osgyan**
Mitberichterstatler: **Julian Preidl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazzolo
Vorsitzender



Antrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Ulrich Singer, Benjamin Nolte** und **Fraktion (AfD)**

Seniorentarife für alle staatlichen Museen in Bayern einführen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in sämtlichen staatlichen Museen des Freistaates einen Ermäßigttarif für Senioren bzw. für Menschen ab dem 65. Lebensjahr einzuführen.

Begründung:

Zahlreiche Museen in Bayern bieten ermäßigte Eintrittspreise an. Oft profitieren auch Senioren oder allgemein Menschen ab dem 65. Lebensjahr davon, aber es gibt nach wie vor einige Ausnahmen in Bayern. Insbesondere gilt dies für alle bayerischen Standorte des Deutschen Museums sowie für das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg.

Senioren und ältere Menschen stellen eine besonders schützenswerte Gruppe innerhalb unserer Bevölkerung dar. Über viele Jahrzehnte haben sich diese Menschen um unser Land und unsere Gesellschaft verdient gemacht. Hinzu kommt der Umstand, dass das Ende der Erwerbstätigkeit vieler Menschen mit einer nicht unwesentlichen Einschränkung der finanziellen Mittel einhergeht. Nicht zuletzt aus diesem Grunde bieten zahlreiche Museen ermäßigte Tarife bereits an.

Der Umstand, dass ausgerechnet das Deutsche Museum – als eines der Aushängeschilder Bayerns – Senioren und älteren Menschen hier keine Erleichterung anbietet, ist respektlos und unverschämt.

Überdies ist es nicht nachzuvollziehen, dass im Gegensatz zu Rentnern – die ein Leben lang Steuern gezahlt haben und jene Einrichtungen somit mitfinanzierten – beispielsweise Asylbewerbern durchaus ein ermäßigter Tarif zugestanden wird.

Daher gilt es, diesen Missstand umgehend zu korrigieren und entsprechende Tarife auch für Senioren und ältere Menschen in allen staatlichen Museen in Bayern einzuführen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Ulrich Singer, Benjamin Nolte und
Fraktion (AfD)**
Drs. 19/2312

Seniorentarife für alle staatlichen Museen in Bayern einführen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Andreas Jäckel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 12. Juni 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Prof. Dr. Michael Piazzolo
Vorsitzender